

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

Juni 2020

mit diesem Infobrief möchten wir Ihnen wie gewohnt einen Überblick über die Tätigkeiten der Unabhängigen im Landkreis Hildesheim verschaffen.

Termine

Die nächste **Mitgliederversammlung** der **Unabhängigen in Hildesheim** ist am **16.07.2020** um **18.15 Uhr** im Veranstaltungssaal des Hotels Bürgermeisterekappelle, Rathausstraße 8, 31134 Hildesheim. Bereits um 17.30 Uhr treffen sich im Büro der Stadtratsfraktion der Vorstand sowie die Kreistags-, Rats- und Ortsratsmitglieder der Unabhängigen in Hildesheim.

IN KÜRZE

Unabhängige in Diekholzen

Claus Kubik gab zu bedenken, dass auch das noch ausstehende Ergebnis der Studie zum Hildesia-Sportplatz einbezogen werden müsse. „Das sollten wir immer als Ganzes betrachten.“ Dieckhoff-Hübinger sprach sich allerdings dafür aus, für jedes Projekt einzeln ein mögliches Finanzierungskonzept zu ermitteln. „Wenn die Konzepte vorliegen, müssen wir abwägen, was wir uns leisten können“, sagte sie. Immerhin stehe die Gemeinde noch vor anderen Großprojekten, zum Beispiel beim Hochwasserschutz und bei der Entwicklung der geplanten Baugebiete in Diekholzen und Söhre. **Uwe Steinhäuser** sah keinen Grund, mit dem bereits Erreichten zu hadern. „Wir haben bis jetzt genau das bekommen, was wir in Auftrag gegeben haben“, sagte er, „dass wir uns jetzt um die Finanzierung kümmern müssen, ist eine ganz normale Aufgabe.“

Im Ausschuss für Technik und Umwelt der Gemeinde Diekholzen hatte es Anfang Juni noch keine Mehrheit für den Antrag der Unabhängigen gegeben, die Verwaltung möge sich mit den zuständigen Verkehrsbehörden für Lösungen gegen Motorenlärm vom Roten Berg einsetzen. Dass der seit der Sanierung der Landesstraße vor einigen Monaten schlimmer geworden ist, geht auch aus mehreren Leserbriefen an die HAZ-Redaktion hervor. Im Ratsplenium gab es die Mehrheit nun am Donnerstagabend im zweiten Anlauf: Einstimmig bei zwei Enthaltungen wurde die Gemeinde beauftragt, mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr über Schritte gegen den Lärm zu sprechen. „Es war noch nie so schlimm wie jetzt“, bekräftigte **Christoph Glados** von den Unabhängigen den Eindruck, dass mancher Motorrad- oder Autofahrer auf der neuen Fahrbahn stärker Gas gibt, „was jetzt abgeht, ist eine ganz neue Dimension“. Bei ungünstigen Windverhältnissen sei es für Einwohner am Ortsrand sonntags im Garten kaum auszuhalten. „Wir wollen niemandem das Hobby vermiesen“, betonte **Glados**, „es geht nur darum, dass sich alle an die geltenden Regeln halten: 60 Stundenkilometer und Überholverbot.“ Er habe außerdem den Eindruck, dass nicht wenige Motorradfahrer auf die Serpentina des Roten Berges ausweichen, seit sie auf dem Weinberg bei Nette durch die kürzlich aufgestellten Fähnchen ausgebremst werden. Im Fachausschuss hatten einige Mitglieder noch gegen den Antrag der Unabhängigen gestimmt, weil Bürgermeisterin Birgit Dieckhoff-Hübinger nach einem Gespräch mit der Straßenbaubehörde berichtete, Fähnchen wie auf dem Weinberg seien wegen der zu geringen Breite am Roten Berg nicht möglich. Doch jetzt ist die große Mehrheit des Rates der Meinung: Die Verwaltung müsse unbedingt an dem Thema dran bleiben und noch einmal nachhaken. (Quelle: HIAZ 27.06.2020)

Christoph Glados hat auf eigenen Wunsch hin, den Fraktionsvorsitz im Rat der Gemeinde Diekholzen an **Uwe Steinhäuser** übergeben. Neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist **Claus Kubik**. Wie die meisten wissen, ist **Christoph Glados** nicht nur in der Kommunalpolitik ehrenamtlich tätig, sondern auch als Vorsitzender des Fördervereines der Pfadfinder. „Wenn man dann merkt, dass man seine Aufgaben nicht mehr zu 100% erfüllen kann, muss man verantwortlich handeln und nicht wie in der Politik vielfach üblich an seinem Posten kleben, sondern frühzeitig das Ruder übergeben, um das Schiff auf Kurs zu halten,“ so **Glados**.

Die Fraktionen der SPD und der Unabhängigen im Diekholzener Gemeinderat hätten gern einen ungefähren Zeitplan für die weitere Planung des Baugebietes Mühlenberg in Söhre. Doch auf den wollte sich Bürgermeisterin Birgit Dieckhoff-Hübinger in der jüngsten Ratssitzung nicht festlegen, sie verwies unter anderem auf die aktuelle Vakanz im Bauamt. „Wir haben uns auf den Weg gemacht“, betonte die Bürgermeisterin mit Blick auf das Baugebiet. Bei einer ersten Beteiligung der Öffentlichkeit seien schon zahlreiche Anregungen eingegangen, die nun bearbeitet werden. Die nächste Etappe soll der nötige Umweltbericht sein. Ein Problem könnte nach derzeitigem Planungsstand noch die Steigung der vorgesehenen Zufahrtsstraße werden. Sie soll nicht zu steil werden. (Quelle: HiAZ 30.06.2020)

Unabhängige in Elze

In der Fraktionssitzung der Unabhängigen in Elze sind bei der Betrachtung der aktuellen Vorlagen zur Sanierung/Neubau der Kindergärten DRK alt und AWO folgende Fragen aufgetaucht, die sie in der Sozialausschusssitzung vom 29.06. 20 thematisieren möchten und haben eine entsprechende Anfrage gestellt:

- Warum wurde für die Bahnhofstraße eine Gegenüberstellung Neubau vs Sanierung beauftragt und für die AWO nicht?
- Was sind das für „Unwägbarkeiten“, die den teureren Neubau in der Bahnhofstraße empfehlenswert machen?
- Bietet die günstigere Sanierungsvariante tatsächlich einen über 60 Quadratmeter großen Mehrzweckraum, den der Neubau nicht besitzt? Warum? Sind die beiden Lösungen damit überhaupt noch vergleichbar? Wie teuer wäre der Neubau mit einem solchen Raum?
- Ist es unvorstellbar, dass ein Neubau für die AWO billiger und ebenso reizvoll wäre wie die überraschend kostenintensive Sanierung?
- Wie wäre es mit einem Ideenwettbewerb statt Pläne in Anlehnung an die Einrichtung im Heilswannenweg vorzulegen? Insbesondere die Situation (Grundstückszuschnitt, Baumbestand ...) der AWO dürfte für kreative Planer eine echte Chance bieten.
- Welche aktuelle Bedarfsanalyse /-Planung ist die Grundlage?
- Wie ist die Perspektive für Sorsum?

Die Unabhängigen haben uns auch über die Nachhaltigkeit Gedanken gemacht. Einerseits wollen sie diese in das Leitbild der Stadt Elze übernehmen, andererseits wird diese bei den möglichen KiTa-Neubauten nicht ausreichend berücksichtigt, wenn wieder nur nach EnEV-Standard gebaut wird. Warum werden die von der GKHI ermittelten Kosten nicht als Obergrenze für einen Wettbewerb genommen, der z.B. das Ziel hat, ein Gebäude zu errichten, das zu diesen Kosten die geringste Energie verbraucht. Man könnte auch ein Standard vorgeben, z.B. Niedrigenergiehaus, Nullenergie-Haus, Plusenergie-Haus, „Gold Standard“ nach dem Leitfaden Nachhaltiges Bauen.

Auch wenn diese Häuser eventuell etwas mehr kosten würden, ließe sich die Wirtschaftlichkeit mit Sicherheit über die eingesparten Energiekosten während der Nutzungsdauer nachweisen, so die Fraktion.

Wie bereits durch Herrn Rathmer an die Verwaltung formuliert, stellen sie sich auch die Frage, warum der abschließende Beschluss im Verwaltungsausschuss getroffen werden soll. Eine so weitreichende, kostenintensive und zukunftsrelevante Entscheidung sollte und muss der Rat der Stadt Elze entscheiden meinen die Unabhängigen in Elze. Die Übertragung von Aufgaben des Rates an den Verwaltungsausschuss kann dies nicht aushebeln.

Es ist nach deren Meinung dringend erforderlich, sich die Zeit für eine wohl abgewogene Entscheidung zu nehmen. Hier sollte nichts überstürzt werden. Evtl. sollte in allen Fraktionen noch eine weitere Diskussion erfolgen.

Unabhängige in Giesen

Am nördlichen Ortsrand von Giesen – in gerader Linie vom Meerweg in Richtung Kirche – entsteht möglicherweise ein Wohnbaugebiet. Michael Hutze, Geschäftsführer der Projektentwicklungsgesellschaft der Hannoverschen Volksbank, stellte dem Bauausschuss der Gemeinde jetzt zwei Grobkonzepte vor. Danach könnten auf dem vier Hektar großen Areal (mit etwa drei Hektar reiner Baulandfläche) beispielsweise rund 50 freistehende Einfamilienhäuser entstehen. (Quelle Teilzitat: HiAZ 24.06.2020)

Christian Stolze sieht das Baugebiet aufgrund mehrerer Punkte kritisch:

1. Die Erschließung würde wieder einmal eine erhebliche Fläche von gutem Ackerboden versiegeln. Er sieht die immer neue Ausweisung von Baugebieten mit vorzugsweise Einfamilienhäusern grundsätzlich als problematisch an.
2. Das geplante Baugebiet mit ca. 50 Bauplätzen würde eine erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastung für die Straße Meerweg bedeuten, da diese Straße als einzige Zufahrt geplant ist. Bei der Einmündung in die Rathausstraße ist das Abbiegen in beide Richtungen schon jetzt wegen mangelnder Sichtverhältnisse schwierig.
3. Die Gartenstraße ist ausschließlich als Feuerwehruzufahrt geplant. **Christian Stolze** bezweifelt aber, dass es dabei bleibt, wenn die Verkehrsprobleme wie in Punkt 2. schon angedeutet, tatsächlich entstehen. Die Gartenstraße ist aber für mehr Verkehr nicht ausgebaut. Dort würde es dann auch zu größeren Problemen kommen, zumal die Ausfahrt in die Rathausstraße auch schon jetzt aufgrund der Parkplatzprobleme dort sehr schwierig ist.
4. Weiter hält er die Vermarktung durch die Volksbank für möglicherweise problematisch, jedenfalls muss die Gemeinde mehr Mitsprachemöglichkeiten im Blick auf die Art der Häuser und die Preise erhalten.

Unabhängige in Hildesheim

Umfangreiches Zahlenmaterial zur Kinderbetreuung in der Stadtmitte und in der Neustadt hatte Nils Neuhäuser von der Stadtverwaltung zur Sitzung des dortigen Ortsrates mitgebracht. Rückschlüsse über das Defizit an Betreuungsplätzen und fehlendes Personal ließen die Daten allerdings nicht zu. Diese Zahlen soll Neuhäuser nun in der nächsten Sitzung nachliefern. Auf Antrag von **Ulrich Brockhaus** forderten die Kommunalpolitiker von der Verwaltung einstimmig, ein ganzheitliches Konzept für die Betreuung in Krippen, Kindergärten und Horten zu entwickeln. Laut Neuhäuser gibt es im Ortsratsbezirk 142 Krippen-, 287 Kindergarten- und 110 Hortplätze. Im Falle einer höheren Nachfrage müssten die Kinder in andere Stadtteile ausweichen. „Das ist für Eltern in Sorsum ungleich problematischer als in der Stadtmitte.“ Während sich die Stadt intensiv um die Schaffung neuer Betreuungsplätze bemühe, bleibe aber noch das Personalproblem. „Das gilt aber bundesweit“, unterstrich Neuhäuser.

„Für die Eltern ist es ein Mordsproblem, ständig hinter Betreuungsplätzen herlaufen zu müssen“, betonte **Brockhaus**. Und dieses Problem wiederhole sich innerhalb von ein paar Jahren gleich mehrmals, meinte er mit Blick auf Krippe, Kindergarten und Hort. Er halte es deshalb für erforderlich, einerseits den genauen Bedarf zu ermitteln und andererseits in einem „geschlossenen System“ zu denken, um beim Personal flexibel reagieren zu können. ... Im Blickpunkt der Sitzung stand auch das Problem von leer stehenden Häusern im Bereich der Keßlerstraße. Einstimmig forderte der Ortsrat die Verwaltung auf, zunächst die unbewohnten Häuser zu identifizieren. Zugleich solle die Stadt schauen, wie solche Gebäude in anderen Kommunen wiederbelebt werden. „Wir sollten zumindest die Eigentümer anschreiben und fragen, wie sie sich die Zukunft ihrer Gebäude vorstellen“, meinte **Brockhaus**. ...

(Quelle: HiAZ 19.06.2020)

Der Arbeitskreis „Hildesheim will Rad fahren“ hat ein Konzept für eine autofreie Innenstadt vorgelegt. Was sagen die Politik und die Verwaltung dazu?

Das meinen die Unabhängigen:

Unsere Stadtratsfraktion hat beim Erhalt der Mail geglaubt, hier einen verspäteten Aprilscherz erhalten zu haben. Das Papier und dessen Inhalt können nicht ernst genommen werden! Hier werden die Autofahrer diskriminiert und der Forderung fehlt jegliches Realitätsbewusstsein.

Anwohnerparken für jährlich 365,00 Euro, Parkgebühren in Höhe von fünf Euro in der Stunde oder aber die ausschließliche Nutzung der Parkhäuser durch Anwohner, Werktätige oder Behinderte mit aG sind sicherlich für eine bürgerfreundliche Stadt indiskutabel!

Park & Ride für unsere Stadt ist bereits seit sieben Jahren ein Thema unserer politischen Arbeit, aber leider kann der Stadtverkehr durch Eigenwirtschaftlichkeit dies finanziell nicht leisten.

Mit diesem sogenannten „Konzept“ soll die Innenstadt bewusst unattraktiv dargestellt werden und aussterben. Dies darf nicht allen Ernstes verfolgt werden, denn der Handel und die Gastronomie leben von der individuellen Fortbewegungsmöglichkeit eines jeden Bürgers!

Die Mobilität mit dem Auto ist nicht nur wichtig für Arbeitswege außerhalb der Innenstadt, sondern auch Lebensqualität für die Menschen in ihrer Freizeit! Wir stehen für Gleichbehandlung von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern! Wir sind für die Förderung und dem weiteren Ausbau der Radwege in unserer Stadt, aber ohne Benachteiligung des Autoverkehrs! Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Mit- und Nebeneinander der verschiedenen Mobilitäten ein! (Quelle: HiAZ Homepage 29.06.2020)

Unabhängige in Nordstemmen

Wie im Infobrief für Januar 2020 berichtet, sollte im Sommer das große Jubiläumsfest zur 900-Jahr Feier in Adensen stattfinden. Nun verkündete die stellvertretende Ortsbürgermeisterin **Heike Niederhut-Bollmann**: „Das Familienfest im Juli muss verschoben werden. Wie sind sehr enttäuscht. Aber die Gesundheit geht vor.“ „Auch wenn viele der Corona-Maßnahmen gelockert werden, die Sicherheit geht vor. Deshalb planen wir das Fest für den Sommer 2021, dann feiern wir eben 901 Jahre“, zeigt sich Ortsbürgermeister **Oliver Riechelmann** zuversichtlich. „Aber wir müssen zunächst den neuen Termin finden und ihn auch mit den anderen Veranstaltungen im Ort abstimmen. Daran werden wir nun mit den Vereinen und Organisationen arbeiten“, sagt **Riechelmann**. Fraglich war bisher, ob die Jubiläumsparty am 5. September 2020 steigen kann, aber das Team hat sich nun schweren Herzens dafür entschieden, auch für diese einen neuen Termin im nächsten Jahr zu suchen.

„Im Moment ist noch nicht klar, ob eine so große Veranstaltung im September überhaupt erlaubt sein wird. Gibt es im September vielleicht noch strenge Hygieneauflagen, die wir nicht erfüllen können oder wollen? Da feiern wir lieber unbeschwert ein Jahr später“, meint die stellvertretende Ortsbürgermeisterin **Heike Niederhut-Bollmann**. „Wir stehen im Kontakt mit den Sponsoren und betroffenen Unternehmen. Die bereits gekauften Eintrittskarten behalten selbstverständlich ihre Gültigkeit“, so **Niederhut-Bollmann**. Die hat bei alledem ihren Humor nicht verloren. „Jetzt hoffen wir, dass es beim eigentlich vorgesehenen Festtermin am 5. Juli wie aus Eimern regnet, dann sind wir wegen der Verschiebung nicht mehr so traurig.“ (Teilzitat
Quelle: HiAZ 09.06.2020)

Einstimmig billigte der Rat den Vorschlag der Verwaltung, dass die Brutto-Eintrittspreise fürs Nordstemmer Freibad unverändert bleiben.

Hajo Ammermann erinnerte daran, dass die Bundesregierung für die zweite Jahreshälfte eine Senkung der Umsatzsteuersätze angekündigt hatte. „Wir müssten dann unsere Entgelte mit fünf statt mit sieben Prozent versteuern“, stellte er fest. Allerdings würde dies beispielsweise bei einer Familienkarte nur zu einer Preisreduzierung von 155 auf 152 Euro pro Saison führen. Bei der preiswertesten Karte (Abendkarte Kinder/Jugendliche, ab 18 Uhr) seien es gerade einmal drei Cent. Eine entsprechende Umstellung würde zu einem unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand führen. (Quelle: HiAZ 27.06.2020)

Unabhängige in Sarstedt

Die Kreiswohnbaugesellschaft ist mit ihrem Vorhaben, auf dem Grundstück des ehemaligen Bauhofes in der Bleekstraße Wohnungen zu schaffen, einen Schritt weiter. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt hat am 23.06.2020 der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans zugestimmt. ...

Die Pläne des hannoverschen Büros Keller vor den Augen, kam erste Kritik an der Menge der Stellplätze auf: einer pro Wohnung. Ein „bisschen wenig“, kommentierte **Sabine Düker**. Wolfgang Jäckel sekundierte: „Das reicht hinten und vorne nicht.“ In der Nähe müssten weitere Parkplätze ausgewiesen werden. Beiden schwebte die unleidliche Parksituation am Sonnenkamp vor. ... (Quelle Text+Bild: HiAZ 25.06.2020)



Auf dem verwaisten Bauhof-Gelände in der Bleekstraße sollen - wie in der Grafik rechts ersichtlich - zwei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 48 Wohnungen entstehen. FOTO: GISELA SEIDEL

Sarstedt soll ihn bekommen: den Pfandring. Ein Metallgestell, das an Mülleimern oder Straßenlaternen befestigt werden kann und Pfandflaschen vor dem Wurf in die Tonne bewahrt. Daneben schließt sich die Stadt dem Projekt „Pfand gehört daneben“ an. Die Entscheidung für dieses Vorhaben fiel im Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt jedoch denkbar knapp aus: fünfmal Ja, viermal Nein. ... Zugestimmt hätte wohl auch **Sabine Düker**, ist aber als Mitglied mit beratender Stimme und Hinzugewählte ohne Stimmrecht. **Düker** „war und ist begeistert von dem Antrag“, wenngleich auch sie die Sorge hat, dass sich Nichtbedürftige bedienen. „Es ist eine ganz klare Möglichkeit, den Griff in die Mülltonne zu ersparen“, betonte Forster. Zumal es die Stadt nicht in finanzielle Nöte brächte. (Quelle Teilzitat: HiAZ 26.06.2020)

Unabhängige in Söhle

Rathaus Söhle: Warum Sanierung statt Neubau?

Vorgeschichte

Eine fachlich zusammengesetzte „Projektgruppe Rathaus“ aus allen Fraktionen, dem Bürgermeister und dem Architekten hat über ein Jahr bis Sommer 2018 in mehreren konstruktiven Sitzungen einen Entwurf für die Sanierung des Rathauses erarbeitet haben, der in der Ratssitzung am 09.05.19. mit 20 zu 1 Stimme beschlossen wurde.

Danach gab der Bürgermeister eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag, die nach ei-nem Jahr zu dem Ergebnis kommt, dass ein Neubau wirtschaftlicher sei. Hierbei wurde der Wunsch des Bürgermeisters nach einem Neubau bestätigt und er behauptet nun, dass die Bürgerinnen und Bürger durch einen Neubau bis 2029 mit 451.682,- Euro weniger belastet werden würden.

Auch die SPD, die damals selbst für die Sanierung gestimmt hatte, meint nun, damals „blau-äugig“ gewesen zu sein und kündigt an, jetzt für den Neubau zu „kämpfen“.

„Schrottimmobilie“?

Alle Mitglieder der Gruppe CDU/ Neue Mitte mit dem Bauunternehmer Marc Aumann, sondern u.a. auch der ortsansässige Architekt Henning Himstedt aus Söhle, vertreten die Auffassung, dass die bereits beschlossene Sanierung des Rathauses in Söhle die sinnvollere und auch kostengünstigste Alternative ist. Henning Himstedt hat die verschiedenen Umbauten des Rathauses als Architekt durchgeführt, er kennt das Rathaus daher besser als jeder andere. Nach seiner fachlichen Meinung sind die Grundsubstanz und Statik des Bestandsgebäudes absolut in Ordnung.

komplexes Thema kurz

Die Sachlage ist komplex, es verbietet sich mit diesem Thema Stimmung zu machen. Eine kritische Durcharbeit und Bewertung des Gutachtens erlaubt aber eine objektive und belastbare Beurteilung. Hinzu kommen die Besonderheiten der doppelten Haushaltsführung der Gemeinde und dem Verhältnis von Finanz- und Ergebnishaushalt.

Ja, es gibt einen Wirtschaftlichkeitsvergleich. Und ja, dieser Vergleich kommt zu dem Ergebnis, dass ein Neubau angeblich wirtschaftlicher sei, als die Sanierung.

Zu diesem Ergebnis kommt das Gutachten, aber nur auf Grund der Annahmen und Vorgaben des Bürgermeisters, dessen Ziel klar ist. Das vorgenannte Ergebnis wurde daher wesentlich durch diese Annahmen beeinflusst und ist nicht „unabhängig“. Ändert man diese Annahmen auch nur geringfügig, so ändert sich auch das Ergebnis.

Manche Kostengruppen bei den Baukostenschätzungen wurden bereits derart pauschal bei der Sanierung hoch und bei dem Neubau niedrig beziffert, dass es nicht nur für Laien, sondern auch für Fachleute schwer ist, aus welchen Gründen der eine oder andere Ansatz entsprechend gewählt wurde.

Auch sind schlicht falsche Annahmen festzustellen: Die zugrunde gelegte Bruttogeschossfläche des Bestandsgebäudes ist zu hoch. Die Korrektur führt bereits zu einer Erhöhung der Restnutzungsdauer und des theoretischen Restbuchwertes zu Gunsten des Bestandsgebäudes.

Überhaupt ist eine Berücksichtigung des Restbuchwertes für das Jahr 2042 irrelevant. Natürlich ist der theoretische Restwert eines Neubaus in 2042 buchhalterisch höher, als der eines sanierten Altbaus. Ein Verwaltungsgebäude ist aber lediglich für eine solche Nutzung konzipiert und es macht wenig Sinn über eine Nachnutzung in 20 oder 30 Jahren als Wohngebäude nachzudenken.

Bei der Sanierung wurden darüber hinaus kostenintensive Maßnahmen, wie z.B. die Erneuerung der Waschbetonfassade, angenommen. Auch unter heutigen Gesichtspunkten ist die Energieeffizienz des Gebäudes noch als moderat (Henning Himstedt) zu bezeichnen. Warum soll nun diese Fassade erneuert werden? Der Abriss und Erstellung dieser Fassade schlägt alleine mit etwa 133.000,- Euro zu Buche. Schon diese Einsparung hätte Einfluss auf das präsentierte Ergebnis.

Mehrkosten

Was hat es nun mit der angeblichen Mehrbelastung durch die Sanierung auf sich, die die Bürgerinnen und Bürger bis 2029 in Höhe von 451.682,- Euro angeblich zu tragen haben? Diese Darstellung des Bürgermeisters ist falsch. Tatsächlich ist der Neubau etwas mehr als 1 Mio. Euro teurer und macht eine deutlich höhere Kreditaufnahme erforderlich.

Die höhere Tilgung (knapp 51.000€ pro Jahr) wirkt sich aber nicht im Ergebnis- sondern nur im Finanzhaushalt aus. Sie muss aber bezahlt werden. Im Ergebnishaushalt wirken sich stattdessen nur die Kreditzinsen und höhere Abschreibungen aus und reduzieren die jetzige Belastung in diesem Bereich, wobei natürlich die höhere Verschuldung im Hintergrund verborgen bleibt. Diesen buchhalterischen „Trick“ kann die Sanierung hingegen nicht liefern. Dadurch scheint die Belastung geringer zu sein.

Entwicklungen

Völlig unbeachtet blieben bislang auch folgende Fragen: Wie entwickelt sich künftig die „digitale Verwaltung“ oder die Möglichkeit des „Home-Office“? Wie sieht es aus, wenn es irgendwann einen Zusammenschluss mit einer anderen Kommune gibt? Wünschen die Bürger nicht vielleicht eine serviceorientierte Verwaltung, deren Dienstleistungen ohne Wartezeit von zu Hause in Anspruch genommen werden kann?

Dabei haben sich schon einige Kommunen auf den Weg gemacht und auch über Zusammenarbeit untereinander erhebliche Einsparungen und Verbesserungen für die Bürger erreicht. Das alles wird in keinsten Weise berücksichtigt, ebenso wie die Frage, ob wir in 30 Jahren noch selbständige Gemeinde sind (unwahrscheinlich!) und ein Verwaltungsgebäude brauchen.

Die Unabhängigen in Söhlde in Zusammenarbeit mit CDU/Grünen und FDP haben schon 2019 nicht „blauäugig“ abgestimmt und werden es auch jetzt nicht tun.

Wir orientieren uns vielmehr an realistischen Annahmen und Zahlen und bewahren die Bürgerinnen und Bürger vor Schulden, die noch spätere Generationen abbezahlen müssen. Wir sind nicht dem Bürgermeister, der sich offensichtlich mit dem Neubau einen Wunsch erfüllen möchte, sondern den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet. Die große Mehrheit von ihnen will keinen Neubau, weil wir ihn auch nicht benötigen und das ist auch gut so.

gez. Uwe Meinhardt

Der vollständige Text kann auf unserer Homepage unter <https://www.u-hi.de/soehlde-aktuell/> nachgelesen werden

Kommentar von Ulrich Bantelmann

Es ist nur ein Virus...

Auch wenn es nur ein mikroskopisch kleiner Virus ist, so hat doch das Coronavirus die ganze Welt von heute auf morgen auf den Kopf gestellt. Wir sind hier in der Bundesrepublik bislang noch glimpflich davongekommen. Aber in vielen Teilen der Erde ist das nicht gelungen und selbst unsere unmittelbaren Nachbarn wie Frankreich hat es schwer getroffen. Auf der anderen Seite müssen wir erkennen, dass das Virus im Hinblick auf den Klimawandel mehr geschaffen hat, als die Weltgemeinschaft und Greta Thunberg zusammen nicht hätten in der Kürze bewirken können.

Wir lernen daraus, dass wir auch die kleinen Dinge im Leben nicht aus den Augen verlieren sollten. Schon seit Jahren wurde von den Virologen vor der Möglichkeit einer solchen Pandemie als die Kehrseite der zunehmenden Globalisierung gewarnt. Doch die Warnungen verhalten nicht nur in der Politik ohne Wirkung.

Die Folgen der Pandemie durch diesen Virus sind nicht nur wirtschaftlich einschneidend, sondern auch für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft. Mit Abstand und Maske lassen sich nur eingeschränkt soziale Kontakte pflegen. Sei es der Besuch unserer nahen Angehörigen im Pflegeheim oder auch nur gesellschaftliche Veranstaltungen wie Familienfeierlichkeiten, Unternehmensfeiern oder auch nur Treffen bei allgemeinen Veranstaltungen, wie z.B. Konzerten und Theaterbesuchen.

Wie lange das noch so anhalten wird, kann niemand voraussehen. Aber erst ein Gegenmittel wird uns wohl aus dieser Lage befreien können und dessen Entwicklung braucht viel Zeit. Je länger dieser Zustand andauert, desto schlechter ist es auch für unsere gesellschaftliche Weiterentwicklung. Diese kann nachhaltig Veränderungen davontragen. In Asien gehörte das Tragen von Masken auch schon vor Corona zum Tagesbild. Nicht auszuschließen wäre, dass wir uns zukünftig auch nach Corona, aus Furcht vor einer erneuten Pandemie, nicht mehr zur Begrüßung die Hände geben. Denn so viel steht fest: Auch wenn wir Corona hinter uns lassen werden, besteht jederzeit wieder die Gefahr der Verbreitung eines anderen und neuen Virus. Eine tiefgreifende Veränderung unserer Gesellschaft und Wirtschaftsordnung liegt in dem zukünftigen Umgang mit der Angst vor einer erneuten Pandemie bzw. augenblicklich einer neuen Ansteckungswelle. Nicht die Angst sollte unser Ratgeber sein, sondern die Vernunft. Nicht in Panik reagieren, sondern wohl überlegt.

Vieles stellt sich augenblicklich aus Furcht vor dem Virus in Frage. Brauchen wir die vielen Fernreisen zu Billigpreisen? Müssen wir so viel Fleisch zu billigen Preisen haben? Das sind im Ansatz die richtigen Überlegungen. Unsere Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren mehr als im Überfluss gelebt. Unser Lebensstil war bislang alles andere als nachhaltig und klimafreundlich. Dafür aber wohl virusfreundlich. Es würde wohl sicherlich ganz erheblich dazu beitragen zukünftig das Risiko einer Viruspandemie zu verringern, wenn wir mehr Maß halten täten und nicht alles immer im Überfluss konsumieren täten.

Der globale Handel soll erhalten bleiben und ist gerade auch für Entwicklungsländer wichtig. Aber müssen wir deshalb massenhaft z.B. Billigkaffee, Bananen, Kiwis und andere Produkte konsumieren? Wenn jeder von uns als Verbraucher seine Entscheidung dazu trifft, weniger und nachhaltiger zu konsumieren, dann wird das sicherlich wohl auch die Wirtschaft schlechter stellen, aber lieber eine Wirtschaft schlechter stellen, die im Überfluss unnötig und wenig nachhaltig und klimafreundlich produziert, als das Risiko einer erneuten Pandemie zu erhöhen.

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1 – 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de